

Ressort: Finanzen

Ökonomen kritisieren Junckers Reformpläne

Brüssel, 17.09.2017, 06:00 Uhr

GDN - Ökonomen haben scharfe Kritik an den Reformplänen von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker geübt. "Die Niveauunterschiede zwischen den westlichen Ländern und einigen osteuropäischen EU-Ländern sind so gravierend, dass das im Euro nicht gut gehen kann", sagte Lüder Gerken, Vorsitzender des Centrums für europäische Politik (CEP) der "Welt am Sonntag".

Juncker will den Euro rasch auf alle EU-Staaten ausweiten und dafür auch mit weiteren Geldspritzen nachhelfen. Schon heute sei die Euro-Zone gespalten zwischen wettbewerbsschwachen und wettbewerbsstarken Mitgliedsländern, sagte Gerken. Größter Euro-Problemfall ist für ihn derzeit Italien. Jetzt weitere wettbewerbsschwache Länder aufzunehmen, hält er für hochproblematisch. "Wenn Rumänien oder Bulgarien in den Euro aufgenommen werden, wäre Italien der Einäugige unter den Blinden. Für die Eurozone würden die Spannungen zunehmen", so der Experte. Das offenbare auch der Wohlstandsvergleich: Bulgarien weist auch zehn Jahre nach dem EU-Beitritt gerade einmal ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf und Jahr von 6.622 Euro aus. Das entspricht gerade einmal 21 Prozent des EU-Durchschnitts, der bei 31.600 Euro liegt. Hier mit weiteren Konvergenzhilfen den Euro-Aspiranten nachzuhelfen, wie das Juncker vorschlägt, sehen die Ökonomen kritisch. "Die Euro-Zone braucht keine neuen Finanzierungsinstrumente, sie hat schon mehr als genug", sagte Friedrich Heinemann, Leitender Ökonom am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) der "Welt am Sonntag". Schon jetzt seien die osteuropäischen EU-Länder die Nutznießer des EU-Haushalts. Polen beispielsweise sei der größte Nettoempfänger. "Die bestehenden Probleme nur mit noch mehr Geld zuzukleistern, wie das Juncker vorschlägt, ist in keinsten Weise überzeugend." Das wäre keineswegs ein Garant für dauerhaft stabile Verhältnisse. "Vielmehr würde man sich viele potenzielle Wackelkandidaten wie Griechenland in die Währungsunion hineinholen - und nicht einmal den Fall Griechenland hat die Euro-Zone bisher lösen können, trotz der vielen Milliarden, die dorthin geflossen sind." Es wäre fatal, jetzt den historischen Fehler zu wiederholen, so Heinemann.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-94759/oekonomen-kritisieren-junckers-reformplaene.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619